

October 15, 1992

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with
Leading American Representatives from Business
and Science on 10 October 1992, 17:00-19:30 Hours**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Leading American Representatives from Business and Science on 10 October 1992, 17:00-19:30 Hours", October 15, 1992, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59736, 119-128. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300186>

Summary:

Kohl and his American interlocutors discuss Germany's new international role after unification and particularly Germany's ties to the countries in Central and Eastern Europe. Kohl comes out against American request for German "leadership." He does not want to use the term albeit he acknowledges Germany's responsibility to assume leadership on a multitude of issues.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Referat 212
VLR Dr. von Morr (2248)

Bonn, 15. September 1992

119

112

Vermerk

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit herausragenden amerikanischen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft am 10.10.1992, 17.00 bis 19.30 Uhr

Teilnehmer

1. US-Gäste

Mr. Edwin L. Artzt	Vorstandsvorsitzender, Procter & Gamble (Cincinnati)
Mr. John Bryson	Vorstandsvorsitzender, SCEcorp and Southern California Edison Company (Los Angeles)
Prof. Albert Carnesale	Dekan, John F. Kennedy School of Government, Harvard University (Cambridge)
Prof. Amitai Etzioni	George Washington University (Washington)
Prof. Joel Fleishman	First Senior Vice President, Duke University (Durham)
Mr. Robert P. Forrestal	Präsident, Federal Reserve Bank of Atlanta (Atlanta)
Prof. George Rupp	Präsident, Rice University (Houston)
Mr. Frank Shrontz	Vorstandsvorsitzender, Boeing Company (Seattle)
Prof. John Silber	Präsident, Boston University (Boston)
Mr. Peter Tarnoff	Präsident, Council on Foreign Relations (New York)
Mr. James D. Wolfensohn	Präsident, James D. Wolfensohn, Inc. (New York), Vorsitzender, Kennedy Center (Washington)
Mr. Robert Kimmitt	US-Botschafter in Bonn

2. Deutsche Seite:

Prof. Weidenfeld, MD Dr. Hartmann, Botschafter Stabreit,
MDg Dr. Neuer, MR Dr. Pfaffenbach, VLR Dr. von Morr (note-taker).

...

Zeit

Der Bundeskanzler begrüßt die amerikanischen Gäste und weist einleitend auf den existentiellen Charakter der deutsch-amerikanischen Partnerschaft hin: ohne Hilfe und Unterstützung der USA wären die Deutschen nicht dort, wo sie heute seien. Dieses gelte insbesondere auch für die deutsche Einheit. Dies sei nicht vergessen und werde nicht vergessen. In den bilateralen Beziehungen habe man bislang vom Erfahrungsschatz der Emigrantengeneration zehren können. Dieses Kapitel gehe zu Ende.

Mit dem Stand der Kommunikation zwischen jungen Amerikanern und jungen Deutschen sei er noch nicht zufrieden. Was die Universitäten anbelange, so sei man heute beim Austausch von Studenten wieder auf dem Stand des Jahres 1910 angelangt. Hier müsse viel geschehen: Wenn man keine jungen Bäume pflanze, werde man später keinen Wald haben. Deswegen richte er an die amerikanischen Gäste die eindringliche Bitte, überall mitzuhelfen, um die Beziehungen intensiver zu gestalten.

Eine andere Säule der deutschen Außenpolitik sei die europäische Einigung. Sie stelle keinen Gegensatz zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen dar; die Deutschen brauchten vielmehr beides: sowohl gute deutsch/europäische Beziehungen zu den USA wie auch die europäische Integration. Er könne immer nur wiederholen: Es gehe nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein sowohl-als-auch. Die transatlantische Brücke müsse erweitert werden: Gewiß müßten amerikanische Truppen in sinnvoller Zahl in Europa bleiben, zur Sicherheitspolitik müsse jedoch eine Erweiterung der ökonomischen und kulturellen Dimension hinzukommen.

Die europäische Einigung sei das Gebot der Geschichte. Vor 10 Jahren, als er sein Amt angetreten habe, habe es in Sachen Europa einen Tiefstand, eine Eurosklerose gegeben. Jetzt werde es mit der politischen Union in Europa ernst. Die deutsche Einheit beinhalte für die Deutschen die Pflicht, sich auch zur europäischen Einheit zu bekennen: deutsche und europäische Einigung seien zwei Seiten einer Medaille. Gleichzeitig sei es töricht, die Amerikaner wegen augenblicklicher Schwierigkeiten in den USA abzuschreiben. Die USA müßten nur ihre Muskeln anspannen, dann würde es auch wieder vorangehen.

Noch einmal zurück zur deutschen Einheit: Für die deutsche Vereinigung ohne Einschränkungen seien die USA und Kanada eingetreten, in Europa habe es große Unterschiede gegeben. Die Spanier z. B hätten sie unterstützt, bei den unmittelbaren Nachbarn Deutschlands sei es etwas anders gewesen.

Ängste seien durchaus verständlich, der Wirtschaftsneid spiele eine große Rolle. In dieser Frage sei Mrs. Thatcher möglicherweise am ehrlichsten gewesen. Sie habe wenigstens gesagt, was sie auch dachte. Viele hätten ebenso gedacht, es nur nicht auszusprechen gewagt. Es komme nunmehr darauf an, daß Deutschland unter das europäische Dach "gebettet" werde. In der zukünftigen politischen Union könne es sein, daß Deutschland auch einmal überstimmt werde. Dieser Faktor sei psychologisch wichtig. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland habe es seit 40 Jahren immer wieder den Zwang zu Kompromissen gegeben. Ebenso werde es sich in Europa verhalten.

Herr Tarnoff wies darauf hin, daß man in den USA das Gefühl habe, daß Deutschland gegenwärtig vollauf mit internen Problemen beschäftigt sei. Werde Deutschland in Zukunft eine geringere Rolle im Hinblick auf die MOE und die frühere Sowjetunion spielen?

Der Bundeskanzler entgegnete, daß er bereits den Ausdruck "Führerschaft" nicht möge. Präsident Bush könne dieses Wort verwenden, er selbst wolle es nicht tun. Andere Europäer wüßten über die Tatsachen gut Bescheid, sie wollten sie aber nicht täglich von den Deutschen aufgetischt bekommen. Er halte sich an das Prinzip Adenauers: Wer 50 Jahre lang Hochstapler gewesen wäre, müsse danach 50 Jahre lang "Tiefstapler" sein. Wichtig sei es, das Bild Deutschlands nicht noch stärker zu zeichnen, als es ohnehin den Tatsachen entspreche. Vielmehr sei es ein Gewinn, wenn von ausländischer Seite gesagt würde, daß sich die deutsche Mentalität zum Positiven verändert habe, daß die Deutschen weltoffen und hilfsbereit geworden seien. Natürlich sei es eine Tatsache, daß das Vertragswerk von Maastricht nie ohne Deutschland realisiert worden wäre. Auch helfe Deutschland im Osten mehr als alle andere Staaten. Aber auch wenn dies so sei, so müsse man es doch nicht immer wieder hervorheben. Wichtiger sei die Tatsache, daß er z. B. kürzlich im französischen Fernsehen zusammen mit Präsident Mitterrand habe auftreten können. Ein solcher Vorgang wäre vor 20 oder 30 Jahren undenkbar gewesen.

Um auf die Einstellung der Deutschen zurückzukommen: Ihr Problem sei, daß sie sich in der Vergangenheit bequem im Provinziellen eingerichtet hätten. Die in der Sicherheitspolitik hemmenden Verfassungsbestimmungen

hätten die ehemaligen Gegner in das Grundgesetz hineingeschrieben. Wahr sei aber auch, daß sich die Deutschen in dieser Lage bequem eingerichtet hätten. 40 Jahre lang hätten sie lieber Geld gezahlt, als Soldaten zu schicken. Wer sich bewußt in der zweiten Linie eingerichtet habe, hätte auch Schwierigkeiten mit einer möglichen künftigen Rolle im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Andererseits sei es nicht wahr, daß die Deutschen sich nur mit sich selbst beschäftigten. Am kommenden Montag würde Premierminister Rabin Bonn besuchen. Bonn sei nach Washington der meistbesuchte Ort für Politiker aus aller Welt.

Zu den inneren Problemen der deutschen Vereinigung wolle er anmerken, daß die ökonomischen Probleme lösbar seien. Schwieriger sei die Bewältigung seelischer Probleme nach 40 Jahren kommunistischer Zwangsherrschaft, die auf 12 Jahre des NS-Regimes und 4 Jahre der sowjetischen Besatzung gefolgt seien. Wer von den heute Lebenden könne sich noch an die Zeit davor erinnern? Dies seien nicht mehr viele. Die Kommunisten hätten in 40 Jahren mehr Gelegenheit gehabt Schaden anzurichten, als die Nationalsozialisten in nur 12 Jahren. Die Beseitigung der Schäden werde ihre Zeit brauchen. Doch bringe jeder Tag gewaltige Fortschritte. Es sei nicht einfach, den Leuten klarzumachen, daß sie auch warten müßten. Es komme darauf an, die "Zeitlücke der Ungeduld" zu schließen.

Prof. Carnesale fragte, warum es erforderlich sei, die deutsch-amerikanischen Bindungen zu stärken: Militärisch und politisch gebe es aus dem Osten keine Bedrohung mehr. Der gegenwärtige Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen werde eher durch Wettbewerb gekennzeichnet. In welcher Weise würden sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen von den Beziehungen der USA zu Japan, Kanada, Brasilien oder Rußland unterscheiden?

Der Bundeskanzler entgegnete: Seiner Ansicht nach gebiete bereits die Vernunft eine Festigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Er habe nichts gegen einen Ausbau der amerikanisch-japanischen Beziehungen, dies sei aber auch wohl nicht das Problem. Im Jahr 2000 werde es eine europäische Union geben. Dann sei es für die USA gut und wichtig, mit Europa gute Beziehungen zu unterhalten. Die USA würden schon wissen, welche

Länder in Europa für sie besonders wichtig seien. Sie würden sich auf die Partner stützen, mit denen sie die größten - auch mentalen - Gemeinsamkeiten hätten. Hier liege es nahe, neben GB, zu denen die USA besondere Beziehungen unterhielten, an Deutschland zu denken.

Herr Shrontz äußerte Besorgnis, daß Europa sich zunehmend nach innen wende.

Der Bundeskanzler entgegnete, daß Deutschland gemeinsam mit Japan zu den stärksten Export-Nationen auf der Erde gehörten. Allein dieser Umstand verbiete jeden Protektionismus. Deutsche Interessen seien weltweit ausgerichtet, entsprechendes gelte für Europa. Es sei ein Fehler, daß die GATT-Verhandlungen nicht von der Stelle kämen. Nach dem französischen Referendum am nächstfolgenden Sonntag müsse man unbedingt weiterkommen.

Herr Etzioni fragte, welche politischen Prinzipien nach der Beendigung des Kalten Krieges zu gelten hätten und welche Beiträge Deutschland leisten könnte. Er denke hierbei vor allem an Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Auch hierbei sei es wichtig, zu mehr deutsch-amerikanischer Gemeinsamkeit zu kommen.

Der Bundeskanzler wies auf das Problem der Waffenexporte in diese Länder hin: Deutschland habe Schwierigkeiten mit dem Waffenbestand der ehemaligen Nationalen Volksarmee. Die Lieferung von Gerät nach Finnland sei unproblematisch. Schwieriger verhalte es sich mit Ungarn. In der Region gebe es Probleme (Jugoslawien). Auch arabische Staaten seien an Waffenlieferungen (U-Boote für Saudi-Arabien) interessiert, die deutsche Rüstungs- und Schiffsbauindustrie könne Aufträge gebrauchen. Dennoch müsse man sich hier äußerst restriktiv verhalten.

Es komme darauf an, einen Beitrag zur Entwicklung und Veränderung der Staaten im Osten zu leisten. Hierbei liege es nahe, zunächst an die unmittelbaren Nachbarn zu denken. Wirtschaftlich sei Deutschland am meisten in der CSFR engagiert. Durch die Teilung des Landes würde die Zusammenarbeit allerdings nicht einfacher werden. Die Beziehungen mit dem Nachbarn Polen seien vielfältig, wenngleich dies ein schwieriger Partner sei. Wenn Polen nicht bald ein wirtschaftlicher Aufstieg gelänge, gäbe es

eine neue Problemgrenze in Europa: die Oder. In der ehemaligen DDR habe man Probleme, wie sie nur etwa 1/10 der Schwierigkeiten darstellten, denen sich Rußland gegenübersehe. Er stimme zu: Wenn die amerikanischen Wahlen vorbei seien, müsse man mehr im Hinblick auf die Entwicklungen in Rußland tun. Dort sei der eigentliche Kollaps bislang noch nicht einmal eingetreten. Es komme darauf an, eigene Anstrengungen mit denen der Amerikaner zu bündeln.

Was Jugoslawien anlange, so sei es nicht möglich, deutsche Soldaten so lange dort hinzuschicken, wie noch Menschen lebten, die sich an den Zweiten Weltkrieg erinnern könnten.

Herr Forrestal fragte nach der deutschen Zinspolitik: Müsse Deutschland nicht bei seiner Zinspolitik eine größere internationale Dimension im Auge haben?

Der Bundeskanzler entgegnete, daß er das Prinzip der globalen Verantwortung bejahe, allerdings bejahe er auch die Unabhängigkeit der Bundesbank. In Deutschland würde der Gedanke an eine Inflation andere Assoziationen als in anderen Ländern wecken. In Deutschland hätten Inflationen in diesem Jahrhundert zweimal Katastrophen bedeutet. Nach dem Ersten Weltkrieg sei durch eine Inflation der Mittelstand vernichtet worden, die psychologischen Wirkungen könnten nicht hoch genug veranschlagt werden. Der Schock der Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg sei nur vom allgemeinen Schock der totalen Niederlage überlagert worden. Die DM gehöre zum deutschen Stolz. Auf Inflationsraten reagiere das deutsche Publikum allergisch. Andererseits sei ein Teil der internationalen Kritik durchaus berechtigt. Seiner Ansicht nach sei es durchaus vernünftig, den Zinssatz geringfügig zu senken. Allerdings seien die Deutschen nicht die Erfinder des US-Haushaltsdefizits. In diesem Zusammenhang wolle er festhalten, daß in der Bundesrepublik Deutschland grundlegende Fehler im Lohnbereich gemacht worden wären und daß man beim Ausbau der Sozialleistungen übertrieben habe. Die eigentlichen Probleme bei der Finanzierung und Bewältigung der deutschen Einheit lägen in der alten Bundesrepublik begründet: Dort gebe es eine der niedrigsten Geburtenraten der Erde, die Überalterung weise steil nach oben, gleichzeitig sei die durchschnittliche Lebenserwartung gestiegen. Wenn man gleichzeitig mit durchschnittlich 59 Jahren in Pension ginge und die kürzesten Maschinenlaufzeiten der Welt habe, so sei dies auf Dauer nicht finanzierbar. Deswegen sei es innenpolitisch durchaus richtig, daß die Bundesbank "den Daumen draufhalte".

- 7 -

718
125

Her Arzt fragte nach rechtsextremistischen Ausschreitungen, dem Asylproblem und nachteiligen Folgen für die deutsche Wirtschaft.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß es von außen betrachtet schwierig sei, die deutsche Asyldebatte zu verstehen. Als man aus gutem Grund im Jahre 1949 das Asylrecht in der Verfassung verankert habe, hätte kein Mensch auf die Idee kommen können, daß im Jahre 1992 500.000 Asylanten nach Deutschland strömen würden und dies aus rein ökonomischen Gründen. Ebenso kämen Deutschstämmige aus der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa ins Land, gleichzeitig lebten hier 5 Mio. Gastarbeiter. Es sei nicht länger möglich, die gewaltige Welle der Wirtschaftsasylanten in Deutschland zu absorbieren. Die Deutschen seien nicht fremdenfeindlich. Wenn es in anderen Ländern zu einem derartigen Zustrom kommen würde, würden sich ähnliche Dinge ereignen. Gegenwärtig sei man durch eine "idiotische Innenpolitik" daran gehindert, diesen Zustand zu ändern. Was die finanziellen Probleme der neuen Länder anlange, so helfe nur strikteste Haushaltsdisziplin. Deswegen dürfe der Bundeshaushalt nur eine Zuwachsrate von 2 1/2 bis 3 % ausweisen. Das eigentliche Problem stellten die Länder und Gemeinden, die sich nicht an den Sparkurs halten würden, dar. Verantwortlichkeit liege bei denjenigen in den alten Ländern, die nicht dazu bereit seien, im Moment ihre Ansprüche zurückzustellen.

Professor Rupp fragte nach der EG-Erweiterung.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß es in jedem Fall am 01.01.1993 zum gemeinsamen Binnenmarkt kommen würde. Nach dem Inkrafttreten des Vertragswerkes von Maastricht würde es zur politischen Union kommen, die kein Bundesstaat, aber mehr als einen Staatenbund darstellen würde. Wichtig sei, daß es keinen europäischen Zentralstaat geben werde. Es gelte der Grundsatz "der Subsidiarität". Im Ergebnis müsse es auch eine gemeinsame europäische Verteidigung geben, wie sie schon 1954 mit der EVG beabsichtigt worden sei. Das Vertragswerk von Maastricht werde nicht neu verhandelt werden. Für Dänemark werde eine Lösung gefunden werden müssen. Was die Erweiterung angehe: Die EG würden nicht bei 12 Mitgliedern stehenbleiben. Nach seiner Auffassung würden 1995, Österreich, Schweden, Finnland und evtl. Norwegen, später die Schweiz beitreten. Das deutsche Ziel sei mittelfristig auch eine Erweiterung um die CSFR, Polen und

...

Ungarn. Die letztgenannten drei Länder könnten allerdings nur dann beitreten, wenn ihre ökonomischen Standards in etwa dem "unteren Rand" der jetzigen Mitglieder entsprechen würden. Mit der Türkei werde es noch Ärger geben, ein Beitritt sei aber nicht möglich, dafür aber eine enge Assoziation. Rußland werde auch EG-Mitglied werden wollen, dies gehe aber nicht. Europa reiche nicht bis Wladivostok

Herr Wolfensohn fragte nach dem deutsch-französischen Euro-Korps und seiner Vereinbarkeit mit der NATO.

Der Bundeskanzler entgegnete hierzu, daß man bei den Bemühungen um eine europäische Verteidigungsidentität, wie sie auch bei der Errichtung des Euro-Korps zum Ausdruck komme, nur das tue, was die USA immer gepredigt hätten. Das Problem sei nur, daß die USA offensichtlich nie erwartet hätten, daß es auch tatsächlich zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik kommen würde. Insofern verhielten sich die Amerikaner nicht viel anders als die Deutschen, die auch nie geglaubt hätten, daß sie eine Wiedervereinigung noch erleben würden. Er, der Bundeskanzler, gehöre zu einer Generation, die noch emotionale Bindungen an die USA habe. Deswegen könne er feststellen, daß das Euro-Korps nicht in der Absicht gegründet worden sei, die Amerikaner aus Europa herauszudrängen. Das wichtigste am Euro-Korps sei seine psychologische Wirkung: Deutsche und Franzosen würden gemeinsam in einer Einheit dienen! Es komme nicht so sehr auf die Kampfkraft der Einheit an, sondern auf die Demonstration einer noch vor kurzem für undenkbar gehaltenen Gemeinsamkeit.

Es müsse auch im US-Interesse liegen, die NATO beizubehalten. Noch könne von einem Frieden in Europa nicht gesprochen werden. Eine europäische Verteidigungstreitmacht könne nur langsam aufgebaut werden, im Ernstfall solle sie in die NATO integriert sein. Was die Franzosen angehe: Er müsse mit den Franzosen leben, wie sie nun einmal seien. Wenn die Amerikaner die europäische Sicherheitspolitik zum Anlaß nähmen, aus Europa abzuziehen, würden sie einen großen Irrtum begehen. Man solle sich eher an Präsident Truman als an Präsident Wilson orientieren. Es wäre doch völlig abwegig, in einem Moment aus Europa herauszugehen, in dem dieser Kontinent so interessant wie lange nicht mehr geworden sei. Die Verbreiterung der transatlantischen Brücke wäre eine glänzende Kapitalanlage!

- 9 -

720
127

Herr Bryson bemerkte, daß die Deutschen einen hohen Umweltstandard hätten; in Osteuropa würde die größten Umweltschäden durch veraltete Kraftwerke verursacht. Hier seien neue Energieträger gefragt.

Der Bundeskanzler wies unter Rekurs auf Sünden der Vergangenheit (nach dem Krieg: "die Schornsteine müssen rauchen") darauf hin, daß man ohne Atomkraftwerke nicht auskomme. Neue dürften nicht gebaut werden. Das Unglück von Tschernobyl zeige mehr als deutlich, wie wichtig es sei, Rußland in dieser Beziehung zu helfen. Ein zweites Tschernobyl könne zu einer Katastrophe für Europa und die Welt führen.

Prof. Fleishman fragte, wie lange der Prozeß der wirtschaftlichen Reformen und der Demokratisierung in Rußland dauern werde. Was könne man von beiden Seiten des Atlantik tun, um hier die Dinge voranzubringen?

Der Bundeskanzler antwortete, daß er nicht in der Lage sei, einen Zeit-
horizont zu benennen. Nahezu alles, was man angenommen habe, sei falsch
gewesen. In Rußland existiere kein Konzept, die Tage Gaidars seien offen-
sichtlich gezählt. Das Hauptproblem sei doch, daß dort niemand lebe, der
jemals ein marktwirtschaftliches System erlebt habe. Was allein auf dem
Transport und den Verkehrswegen verschwinde, sei unvorstellbar. Kürzlich
habe ihm MP Antall berichtet, daß ein ganzer Eisenbahnzug auf der Fahrt
zwischen Budapest und Moskau verschwunden sei.

Der Entwicklungsstand sei in den einzelnen Nachfolgerepubliken unter-
schiedlich. In der Ukraine, wo das alte System mehr oder weniger so ge-
blieben sei, gehe es besser.

Man dürfe nicht so tun, als ob die Entwicklung in der ehemaligen
Sowjetunion den Westen nichts angehe. Man müsse helfen, so gut es ginge,
z. B. bei der Verkehrsinfrastruktur.

Abschließend wies der Bundeskanzler noch einmal auf die Bedeutung der
Verbreiterung der kulturellen Fahrspur in den deutsch-amerikanischen
Beziehungen hin: Es sei z. B. wichtig, daß Studiengänge gegenseitig aner-
kannt würden. Der Schüleraustausch würde funktionieren, aber beim Studen-
tenaustausch sei noch viel zu tun.

- 10 -

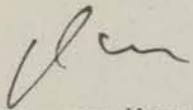
M1

128

Aus gutem Grunde habe er sich für die Errichtung einer Deutsch-Amerikanischen Wissenschaftsakademie eingesetzt.

In den bilateralen Beziehungen müsse zu dem Entwicklungsstand in Europa aufgeschlossen werden! Die jungen Menschen hier seien schon junge Europäer. In den Amtsstuben müsse man aufpassen, nicht hinter den realen Entwicklungen zurückzubleiben.

Das Gespräch wurde (mit Ehefrauen) bei einem Abendessen im Bungalow fortgesetzt.



(Dr. von Morr)

Referat 212

Bonn, 15. September 1992

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit herausragenden amerikanischen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft am 10.10.1992, 17.00 bis 19.30 Uhr[\[1\]](#)

Teilnehmer

US-Gäste □ □□

□□□ □□□

Mr. Edwin L. Artzt □□□ □□□ □□□

Vorstandsvorsitzender, Procter & Gamble (Cincinnati) □□□ □□

□□□ □□□

W. John Bryson □□□ □□□ □□□

Vorstandsvorsitzender, SCEcorp and Southern California Edison Company (Los Angeles) □□□ □□

□□□ □□□

Prof. Albert Carnesale □□□ □□□ □□□

Dekan, John F. Kennedy School of Government, Harvard University (Cambridge) □□□ □□

□□□ □□□

Prof. Amitai Etzioni □□□ □□□ □□□

George Washington University (Washington) □□□ □□

□□□ □□□

Prof. Joel Fleishman □□□ □□□ □□□

First Senior Vice President, Duke University (Durham) □□□ □□

□□□ □□□

Mr. Robert P. Forrestal □□□ □□□ □□□

Präsident, Federal Reserve Bank of Atlanta (Atlanta) □□□ □□

□□□ □□□

Prof. George Rupp □□□ □□□ □□□

Präsident, Rice University (Houston) □□□ □□

□□□ □□□

Mr. Frank Shrontz □□□ □□□ □□□

Vorstandsvorsitzender, Boeing Company (Seattle) □□□ □□

□□□ □□□

Prof. John Silber □□□ □□□ □□□

Präsident, Boston University (Boston) □□□ □□

□□□ □□□

Mr. Peter Tarnoff □□□ □□□ □□□

Präsident, Council of Foreign Relations (New York) □□□ □□

□□□ □□□

Mr. James D. Wolfensohn □□□ □□□ □□□

Präsident, James O. Wolfensohn, Inc. (New York), Vorsitzender Kennedy Center (Washington) □□□ □□

□□□ □□□

Mr. Robert Kimmitt □□□ □□□ □□□

US-Botschafter in Bonn □□□ □□

Deutsche Seite:

Prof. Weidenfeld, MD Dr. Hartmann, Botschafter Stabreit, MDg Dr. Neuer, MR Dr. Pfaffenbach, VLR Dr. von Morr (note-taker).

Der Bundeskanzler begrüßt die amerikanischen Gäste und weist einleitend auf den existentiellen Charakter der deutsch-amerikanischen Partnerschaft hin: ohne Hilfe und Unterstützung der USA wären die Deutschen nicht dort, wo sie heute seien. Dieses gelte insbesondere auch für die deutsche Einheit. Dies sei nicht vergessen und werde nicht vergessen. In den bilateralen Beziehungen habe man bislang vom Erfahrungsschatz der Emigranten-Generation zehren können. Dieses Kapitel gehe zu Ende.

Mit dem Stand der Kommunikation zwischen jungen Amerikanern und jungen Deutschen sei er noch nicht zufrieden. Was die Universitäten anbelange, so sei man heute beim Austausch von Studenten wieder auf dem Stand des Jahres 1910 angelangt. Hier müsse viel geschehen: Wenn man keine jungen Bäume pflanze, werde man später keinen Wald haben. Deswegen richte er an die amerikanischen Gäste die eindringliche Bitte, überall mitzuhelfen, um die Beziehungen intensiver zu gestalten.

Eine andere Säule der deutschen Außenpolitik sei die europäische Einigung. Sie stelle keinen Gegensatz zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen dar; die Deutschen brauchten vielmehr beides: sowohl gute deutsch/europäische Beziehungen zu den USA wie auch die europäische Integration. Er könne immer nur wiederholen: Es gehe nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein sowohl-als-auch. Die transatlantische Brücke müsse erweitert werden: Gewiß müßten amerikanische Truppen in sinnvoller Zahl in Europa bleiben, zur Sicherheitspolitik müsse jedoch eine Erweiterung der ökonomischen und kulturellen Dimension hinzukommen. Die europäische Einigung sei das Gebot der Geschichte.

Vor 10 Jahren, als er sein Amt angetreten habe, habe es in Sachen Europa einen Tiefstand, eine Eurosclerose gegeben. Jetzt werde es mit der politischen Union in Europa ernst. Die deutsche Einheit beinhalte für die Deutschen die Pflicht, sich auch zur europäischen Einheit zu bekennen: deutsche und europäische Einigung seien zwei Seiten einer Medaille. Gleichzeitig sei es töricht, die Amerikaner wegen augenblicklicher Schwierigkeiten in den USA abzuschreiben. Die USA müßten nur ihre Muskeln anspannen, dann würde es auch wieder vorangehen. Noch einmal zurück zur deutschen Einheit: Für die deutsche Vereinigung ohne Einschränkungen seien die USA und Kanada eingetreten, in Europa habe es große Unterschiede gegeben. Die Spanier z.B. hätten sie unterstützt, bei den unmittelbaren Nachbarn Deutschlands sei es etwas anders gewesen.

Diese Ängste seien durchaus verständlich, der Wirtschaftsneid spiele eine große Rolle. In dieser Frage sei Mrs. Thatcher möglicherweise am ehrlichsten gewesen. Sie habe wenigstens gesagt, was sie auch dachte. Viele hätten ebenso gedacht, es nur nicht auszusprechen gewagt. Es komme nunmehr darauf an, daß Deutschland unter das europäische Dach "gebettet" werde. In der zukünftigen politischen Union könne es sein, daß Deutschland auch einmal überstimmt werde. Dieser Faktor sei psychologisch wichtig. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland habe es seit 40 Jahren immer wieder den Zwang zu Kompromissen gegeben. Ebenso werde es sich in Europa verhalten.

Herr Tarnoff wies darauf hin, daß man in den USA das Gefühl habe, daß Deutschland gegenwärtig vollauf mit internen Problemen beschäftigt sei. Werde Deutschland in Zukunft eine geringere Rolle im Hinblick auf die MOE und die frühere Sowjetunion spielen?

Der Bundeskanzler entgegnete, daß er bereits den Ausdruck "Führerschaft" nicht möge. Präsident Bush könne dieses Wort verwenden, er selbst wolle es nicht tun. Andere Europäer wüßten über die Tatsachen gut Bescheid, sie wollten sie aber nicht täglich von den Deutschen aufgetischt bekommen. Er halte sich an das Prinzip Adenauers: Wer 50 Jahre lang Hochstapler gewesen wäre, müsse danach 50 Jahre lang "Tiefstapler" sein. Wichtig sei es, das Bild Deutschlands nicht noch stärker zu zeichnen, als es ohnehin den Tatsachen entspreche. Vielmehr sei es ein Gewinn, wenn von ausländischer Seite gesagt würde, daß sich die deutsche Mentalität zum Positiven verändert habe, daß die Deutschen weltoffen und hilfsbereit geworden seien. Natürlich sei es eine Tatsache, daß das Vertragswerk von Maastricht nie ohne Deutschland realisiert worden wäre. Auch helfe Deutschland im Osten ehr als alle andere Staaten. Aber auch wenn dies so sei, so müsse man es doch nicht immer wieder hervorheben. Wichtiger sei die Tatsache, daß er z.B. kürzlich im französischen

Fernsehen zusammen mit Präsident Mitterrand habe auftreten können. Ein solcher Vorgang wäre vor 20 oder 30 Jahren undenkbar gewesen.

Um auf die Einstellung der Deutschen zurückzukommen: Ihr Problem sei, daß e sich in der Vergangenheit bequem im Provinziellen eingerichtet hätten. Die in der Sicherheitspolitik hemmenden Verfassungsbestimmungen

hätten die ehemaligen Gegner in das Grundgesetz hineingeschrieben. Wahr sei aber auch, daß sich die Deutschen in dieser Lage bequem eingerichtet hätten. 40 Jahre lang hätten sie lieber Geld gezahlt, als Soldaten zu schicken. Wer sich bewußt in der zweiten Linie eingerichtet habe, hätte auch Schwierigkeiten mit einer möglichen künftigen Rolle im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Andererseits sei es nicht wahr, daß die Deutschen sich nur mit sich selbst beschäftigten. Am kommenden Montag würde Premierminister Rabin Bonn besuchen. Bonn sei nach Washington der meistbesuchte Ort für Politiker aus aller Welt.

Zu den inneren Problemen der deutschen Vereinigung wolle er anmerken, daß die ökonomischen Probleme lösbar seien. Schwieriger sei die Bewältigung seelischer Probleme nach 40 Jahren kommunistischer Zwangsherrschaft, die auf 12 Jahre des NS-Regimes und 4 Jahre der sowjetischen Besatzung gefolgt seien. Wer von den heute Lebenden könne sich noch an die Zeit davor erinnern? Dies seien nicht mehr viele. Die Kommunisten hätten in 40 Jahren mehr Gelegenheit gehabt Schaden anzurichten, als die Nationalsozialisten in nur 12 Jahren. Die Beseitigung der Schäden werde ihre Zeit brauchen. Doch bringe jeder Tag gewaltige Fortschritte. Es sei nicht einfach, den Leuten klarzumachen, daß sie auch warten müßten. Es komme darauf an, die "Zeitlücke der Ungeduld" zu schließen.

Prof. Carnesale fragte, warum es erforderlich sei, die deutsch-amerikanischen Bindungen zu stärken: Militärisch und politisch gebe es aus dem Osten keine Bedrohung mehr. Der gegenwärtige Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen werde eher durch Wettbewerb gekennzeichnet. In welcher Weise würden sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen von den Beziehungen der USA zu Japan, Kanada, Brasilien oder Rußland unterscheiden?

Der Bundeskanzler entgegnete: Seiner Ansicht nach gebiete bereits die Vernunft eine Festigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Er habe nichts gegen einen Ausbau der amerikanisch-japanischen Beziehungen, dies sei aber auch wohl nicht das Problem. Im Jahr 2000 werde es eine europäische Union geben. Dann sei es für die USA gut und wichtig, mit Europa gute Beziehungen zu unterhalten. Die USA würden schon wissen, welche

Länder in Europa für sie besonders wichtig seien. Sie würden sich auf die Partner stützen, mit denen sie die größten - auch mentalen - Gemeinsamkeiten hätten. Hier liege es nahe, neben GB, zu denen die USA besondere Beziehungen unterhielten, an Deutschland zu denken.

Herr Shrontz äußerte Besorgnis, daß Europa sich zunehmend nach innen wende.

Der Bundeskanzler entgegnete, daß Deutschland gemeinsam mit Japan zu den stärksten Export-Nationen auf der Erde gehörten. Allein dieser Umstand verbiete jeden Protektionismus. Deutsche Interessen seien weltweit ausgerichtet, entsprechendes gelte für Europa. Es sei ein Fehler, daß die GATT-Verhandlungen nicht von der Stelle kämen. Nach dem französischen Referendum am nächstfolgenden Sonntag müsse man unbedingt weiterkommen.

Herr Etzioni fragte, welche politischen Prinzipien nach der Beendigung des Kalten Krieges zu gelten hätten und welche Beiträge Deutschland leisten könnte. Er denke hierbei vor allem an Mittel-, Ost- und Südost-europa. Auch hierbei sei es wichtig, zu mehr deutsch-amerikanischer Gemeinsamkeit zu kommen.

Der Bundeskanzler wies auf das Problem der Waffenexporte in diese Länder hin: Deutschland habe Schwierigkeiten mit dem Waffenbestand der ehemaligen Nationalen Volksarmee. Die Lieferung von Gerät nach Finnland sei unproblematisch. Schwieriger verhalte es sich mit Ungarn. In der Region gebe es Probleme (Jugoslawien). Auch arabische Staaten seien an Waffenlieferungen (U-Boote für Saudi-Arabien) interessiert, die deutsche Rüstungs- und Schiffsbauindustrie könne Aufträge gebrauchen. Dennoch müsse man sich hier äußerst restriktiv verhalten. Es komme darauf an, einen Beitrag zur Entwicklung und Veränderung der Staaten im

Osten zu leisten. Hierbei liege es nahe, zunächst an die unmittelbaren Nachbarn zu denken. Wirtschaftlich sei Deutschland am meisten in der CSFR engagiert. Durch die Teilung des Landes würde die Zusammenarbeit allerdings nicht einfacher werden. Die Beziehungen mit dem Nachbarn Polen seien vielfältig, wengleich dies ein schwieriger Partner. Wenn Polen nicht bald ein wirtschaftlicher Aufstieg gelänge, gäbe es

eine neue Problemgrenze in Europa: die Oder. In der ehemaligen DDR habe man Probleme, wie sie nur etwa 1/10 der Schwierigkeiten darstellten, denen sich Rußland gegenübersehe. Er stimme zu: Wenn die amerikanischen Wahlen vorbei seien, müsse man mehr im Hinblick auf die Entwicklungen in Rußland tun. Dort sei der eigentliche Kollaps bislang noch nicht einmal eingetreten. Es komme darauf an, eigene Anstrengungen mit denen der Amerikaner zu bündeln. Was Jugoslawien anlange, so sei es nicht möglich, deutsche Soldaten so lange dort hinschicken, wie noch Menschen lebten, die sich an den Zweiten Weltkrieg erinnern könnten.

Herr Forrestal fragte nach der deutschen Zinspolitik: Müsse Deutschland nicht bei seiner Zinspolitik eine größere internationale Dimension im Auge haben?

Der Bundeskanzler entgegnete, daß er das Prinzip der globalen Verantwortung bejahe, allerdings bejahe er auch die Unabhängigkeit der Bundesbank. In Deutschland würde der Gedanke an eine Inflation andere Assoziationen als in anderen Ländern wecken. In Deutschland hätten Inflationen in diesem Jahrhundert zweimal Katastrophen bedeutet. Nach dem Ersten Weltkrieg sei durch eine Inflation der Mittelstand vernichtet worden, die psychologischen Wirkungen könnten nicht hoch genug veranschlagt werden. Der Schock der Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg sei nur vom allgemeinen Schock der totalen Niederlage überlagert worden. Die DM gehöre zum deutschen Stolz. Auf Inflationsraten reagiere das deutsche Publikum allergisch. Andererseits sei ein Teil der internationalen Kritik durchaus berechtigt. Seiner Ansicht nach sei es durchaus vernünftig, den Zinssatz geringfügig zu senken. Allerdings seien die Deutschen nicht die Erfinder des US-Haushaltsdefizits. In diesem Zusammenhang wolle er festhalten, daß in der Bundesrepublik Deutschland grundlegende Fehler im Lohnbereich gemacht worden wären und daß man beim Ausbau der Sozialleistungen übertrieben habe. Die eigentlichen Probleme bei der Finanzierung und Bewältigung der deutschen Einheit lägen in der alten Bundesrepublik begründet: Dort gebe es eine der niedrigsten Geburtenraten der Erde, die Überalterung weise steil nach oben, gleichzeitig sei die durchschnittliche Lebenserwartung gestiegen. Wenn man gleichzeitig mit durchschnittlich 59 Jahren in Pension ginge und die kürzesten Maschinenlaufzeiten der Welt habe, so sei dies auf Dauer nicht finanzierbar. Deswegen sei es innenpolitisch durchaus richtig, daß die Bundesbank "den Daumen draufhalte".

Herr Artzt fragte nach rechtsextremistischen Ausschreitungen, dem Asylproblem und nachteiligen Folgen für die deutsche Wirtschaft. Der Bundeskanzler erläuterte, daß es von außen betrachtet schwierig sei, die deutsche Asyldebatte zu verstehen. Als man aus gutem Grund im Jahre 1949 das Asylrecht in der Verfassung verankert habe, hätte kein Mensch auf die Idee kommen können, daß im Jahre 1992 500.000 Asylanten nach Deutschland strömen würden und dies aus rein ökonomischen Gründen. Ebenso kämen Deutschstämmige aus der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa ins Land, gleichzeitig lebten hier 5 Mio. Gastarbeiter. Es sei nicht länger möglich, die gewaltige Welle der Wirtschaftsasylanten in Deutschland zu absorbieren. Die Deutschen seien nicht fremdenfeindlich. Wenn es in anderen Ländern zu einem derartigen Zustrom kommen würde, würden sich ähnliche Dinge ereignen. Gegenwärtig sei man durch eine "idiotische Innenpolitik" daran gehindert, diesen Zustand zu ändern. Was die finanziellen Probleme der neuen Länder anlange, so helfe nur strikteste Haushaltsdisziplin. Deswegen dürfe der Bundeshaushalt nur eine Zuwachsrate von 2 1/2 bis 3 % ausweisen. Das eigentliche Problem stellten die Länder und Gemeinden, die sich nicht an den Sparkurs halten würden, dar. Verantwortlichkeit liege bei denjenigen in den alten Ländern, die nicht dazu bereit seien, im Moment ihre Ansprüche zurückzustellen.

Professor Rupp fragte nach der EG-Erweiterung.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß es in jedem Fall am 01.01.1993 zum gemeinsamen Binnenmarkt kommen würde. Nach dem Inkrafttreten des Vertragswerkes von Maastricht würde es zur politischen Union kommen, die kein Bundesstaat, aber mehr

als einen Staatenbund darstellen würde. Wichtig sei, daß es keinen europäischen Zentralstaat geben werde. Es gelte der Grundsatz "der Subsidiarität". Im Ergebnis müsse es auch eine gemeinsame europäische Verteidigung geben, wie sie schon 1954 mit der EVG beabsichtigt worden sei. Das Vertragswerk von Maastricht werde nicht neu verhandelt werden. Für Dänemark werde eine Lösung gefunden werden müssen. Was die Erweiterung angehe: Die EG würden nicht bei 12 Mitgliedern stehenbleiben. Nach seiner Auffassung würden 1995, Österreich, Schweden, Finnland und evtl. Norwegen, später die Schweiz beitreten. Das deutsche Ziel sei mittelfristig auch eine Erweiterung um die CSFR, Polen und

Ungarn. Die letztgenannten drei Länder könnten allerdings nur dann beitreten, wenn ihre ökonomischen Standards in etwa dem "unteren Rand" der jetzigen Mitglieder entsprechen würden. Mit der Türkei werde es noch Ärger geben, ein Beitritt sei aber nicht möglich, dafür aber eine enge Assoziation. Rußland werde auch EG-Mitglied werden wollen, dies gehe aber nicht. Europa reiche nicht bis Wladiwostok.

Herr Wolfensohn fragte nach dem deutsch-französischen Euro-Korps und seiner Vereinbarkeit mit der NATO.

Der Bundeskanzler entgegnete hierzu, daß man bei den Bemühungen um eine europäische Verteidigungsidentität, wie sie auch bei der Errichtung des Euro-Korps zum Ausdruck komme, nur das tue, was die USA immer gepredigt hätten. Das Problem sei nur, daß die USA offensichtlich nie erwartet hätten, daß es auch tatsächlich zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik kommen würde. Insofern verhielten sich die Amerikaner nicht viel anders als die Deutschen, die auch nie geglaubt hätten, daß sie eine Wiedervereinigung noch erleben würden. Er, der Bundeskanzler, gehöre zu einer Generation, die noch emotionale Bindungen an die USA habe. Deswegen könne er feststellen, daß das Euro-Korps nicht in der Absicht gegründet worden sei, die Amerikaner aus Europa herauszudrängen. Das wichtigste am Euro-Korps sei seine psychologische Wirkung: Deutsche und Franzosen würden gemeinsam in einer Einheit dienen! Es komme nicht so sehr auf die Kampfkraft der Einheit an, sondern auf die Demonstration einer noch vor kurzem für undenkbar gehaltenen Gemeinsamkeit.

Es müsse auch im US-Interesse liegen, die NATO beizubehalten. Noch könne von einem Frieden in Europa nicht gesprochen werden. Eine europäische Verteidigungsstreitmacht könne nur langsam aufgebaut werden, im Ernstfall solle sie in die NATO integriert sein. Was die Franzosen angehe: Er müsse mit den Franzosen leben, wie sie nun einmal seien. Wenn die Amerikaner die europäische Sicherheitspolitik zum Anlaß nähmen, aus Europa abzuziehen, würden sie einen großen Irrtum begehen. Man solle sich eher an Präsident Truman als an Präsident Wilson orientieren. Es wäre doch völlig abwegig, in einem Moment aus Europa herauszugehen, in dem dieser Kontinent so interessant wie lange nicht mehr geworden sei. Die Verbreiterung der transatlantischen Brücke wäre eine glänzende Kapitalanlage!

Herr Bryson bemerkte, daß die Deutschen einen hohen Umweltstandard hätten; in Osteuropa würden die größten Umweltschäden durch veraltete Kraftwerke verursacht. Hier seien neue Energieträger gefragt.

Der Bundeskanzler wies unter Rekurs auf Sünden der Vergangenheit (nach dem Krieg: "die Schornsteine müssen rauchen") darauf hin, daß man ohne Atomkraftwerke nicht auskomme. Neue dürften nicht gebaut werden. Das Unglück von Tschernobyl zeige mehr als deutlich, wie wichtig es sei, Rußland in dieser Beziehung zu helfen. Ein zweites Tschernobyl könne zu einer Katastrophe für Europa und die Welt führen.

Prof. Fleishman fragte, wie lange der Prozeß der wirtschaftlichen Reformen und der Demokratisierung in Rußland dauern werde. Was könne man von beiden Seiten des Atlantiks tun, um hier die Dinge voranzubringen?

Der Bundeskanzler antwortete, daß er nicht in der Lage sei, einen Zeithorizont zu benennen. Nahezu alles, was man angenommen habe, sei falsch gewesen. In Rußland existiere kein Konzept, die Tage Gaidars seien offensichtlich gezählt. Das Hauptproblem sei doch, daß dort niemand lebe, der jemals ein marktwirtschaftliches System erlebt habe. Was allein auf dem Transport und den Verkehrswegen verschwinde, sei unvorstellbar. Kürzlich habe ihm MP Antall berichtet, daß ein ganzer Eisenbahnzug auf der Fahrt zwischen Budapest und Moskau verschwunden sei.

Der Entwicklungsstand sei in den einzelnen Nachfolgerepubliken unterschiedlich. In der Ukraine, wo das alte System mehr oder weniger so geblieben sei, gehe es besser. Man dürfe nicht so tun, als ob die Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion den Westen nichts angehe. Man müsse helfen, so gut es ginge, z.B. bei der Verkehrsinfrastruktur.

Abschließend wies der Bundeskanzler noch einmal auf die Bedeutung der Verbreiterung der kulturellen Fahrspur in den deutsch-amerikanischen Beziehungen hin: Es sei z. B. wichtig, daß Studiengänge gegenseitig anerkannt würden. Der Schüleraustausch würde funktionieren, aber beim Studentenaustausch sei noch viel zu tun.

Aus gutem Grunde habe er sich für die Errichtung einer Deutsch-Amerikanischen Wissenschaftsakademie eingesetzt. In den bilateralen Beziehungen müsse zu dem Entwicklungsstand in Europa aufgeschlossen werden! Die jungen Menschen hier seien schon junge Europäer. In den Amtsstuben müsse man aufpassen, nicht hinter den realen Entwicklungen zurückzubleiben.

Das Gespräch wurde (mit Ehefrauen) bei einem Abendessen im Bungalow fortgesetzt.

(Dr. von Morr)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59736, 119-128.

Division 212
Bonn, 15 September [sic] 1992

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with Leading American Representatives from Business and Science on 10 October 1992, 17:00-19:30 Hours[\[1\]](#)

Participants:

1. U.S. Guests □ □

□ □ □ □

Mr. Edwin L. Artzt □ □ □ □ □ □

CEO, Procter & Gamble (Cincinnati) □ □ □ □

□ □ □ □

Mr. John Bryson □ □ □ □ □ □

CEO, SCEcorp and Southern California Edison Company (Los Angeles) □ □ □ □

□ □ □ □

Prof. Albert Carnesale □ □ □ □ □ □

Dean, John F. Kennedy School of Government, Harvard University (Cambridge) □ □ □ □

□ □ □ □

Prof. Amitai Etzioni □ □ □ □ □ □

George Washington University (Washington) □ □ □ □

□ □ □ □

Prof. Joel Fleishman □ □ □ □ □ □

First Senior Vice President, Duke University (Durham) □ □ □ □

□ □ □ □

Mr. Robert P. Forrestal □ □ □ □ □ □

President, Federal Reserve Bank of Atlanta (Atlanta) □ □ □ □

□ □ □ □

Prof. George Rupp □ □ □ □ □ □

President, Rice University (Houston) □ □ □ □

□ □ □ □

Mr. Frank Shrontz □ □ □ □ □ □

CEO, Boeing Company (Seattle) □ □ □ □

□ □ □ □

Prof. John Silber □ □ □ □ □ □

President, Boston University (Boston) □ □ □ □

□ □ □ □

Mr. Peter Tarnoff □ □ □ □ □ □

President, Council of Foreign Relations (New York) □ □ □ □

□ □ □ □

Mr. James D. Wolfensohn □ □ □ □ □ □

President, James O. Wolfensohn, Inc. (New York), Chairman Kennedy Center (Washington) □ □ □ □

□ □ □ □

Mr. Robert Kimmitt □ □ □ □ □ □

U.S. Ambassador in Bonn □ □ □ □

2. German Participants:

Prof. Weidenfeld, MD Dr. Hartmann, Ambassador Stabreit, MDg Dr. Neuer, MR Dr. Pfaffenbach, VLR Dr. von Morr (note taker)

The Chancellor greets the American guests, emphasizing the essential relevance of the German-American partnership. Without American assistance and support, the Germans would not be in the position that they currently were. This especially applied to German unification. This was not forgotten and would never be forgotten. In bilateral relations, one had hitherto been able to benefit from the experiences of the emigrant generation. This chapter was coming to an end.

He was not yet satisfied with the state of communication between young Americans and Germans. In terms of academic exchange, they currently again reached the level of 1910. Much had to happen in this field. If one did not plant young trees, one could not have a forest later. Thus, he wanted to request the American guests for their support, asking for assistance in every possible respect to intensify relations.

European integration was another pillar of Germany's foreign policy. It was not a contradiction to German-American relations. Rather, the Germans needed both good European/German relations with the United States and European integration. He wanted to repeat this yet again: It was not either or, but as well as. The transatlantic bridge had to be expanded: A sensible level of U.S. troops certainly had to remain in Europe, but an expanded security and defense policy also had to entail a cultural and an economic dimension. European integration was a requirement of history.

Ten years ago, when he assumed office, Europe was in the doldrums. There had been a kind of Eurosclerosis. We were now approaching the political union in Europe. For the Germans, German unity included the obligation to stand up for European unity as well. Germany's unity and Europe's integration were two sides of the same coin. At the same time, it would be foolish to write the Americans off due to a few temporary difficulties. The USA just had to flex their muscles to achieve further progress.

Returning to Germany's unification: Only the United States and Canada had supported Germany's unification without restrictions. There were great differences in Europe. For instance, the Spanish had supported it, but it had been somewhat different with Germany's direct neighbors.

These anxieties were quite understandable. Economic envy played a large role. In this regard, Mrs. Thatcher might have been the one who had displayed the most honesty. At least she had said what she thought. Many others had the same thought but did not dare to articulate it. It was now important for Germany to be "embedded" under a European roof. In Europe's future union, it might be that Germany would occasionally be overruled. This factor was psychologically important. There had always been the compulsion for compromise in the Federal Republic's history during the last 40 years. The same would apply to Europe in the future.

Mr. Tarnoff points out that in the U.S., one had the impression that Germany was fully occupied with its internal issues. Would Germany play a less significant role regarding the CEE states and the former Soviet Union in the future?

The Chancellor replies that, first, he did not like the term "leadership." President Bush could use this word, but he did not want to use it. Other Europeans knew the facts very well, but they did not want them to be dished out by the Germans daily. He always stuck to Adenauer's principle: Those who had been imposters for 50 years ought to be modest and understate their case for the next 50 years. It was important not to strengthen the image that Germany had due to the facts. Rather, it was a benefit, as foreigners said, that Germany's mentality had changed for the better and that the Germans were liberal-minded and cooperative. It was, of course, a matter of fact that the Treaties of Maastricht would have never been realized without Germany. Additionally, Germany provided more assistance to the East than anyone else. But even if this were a matter of fact, one must not emphasize it time and again. It was more important to him, for example, to have an opportunity for a joint appearance on French television with French President Mitterrand. Such a thing would have been impossible 20 or 30 years ago.

To return to the German mentality: Their problem was that, in the past, they had arranged themselves in a convenient, provincial state of mind. Former opponents had written the constitutional provisions that currently inhibited our security and defense policy.

But it was also a matter of fact that the Germans had conveniently arranged themselves in this situation. For 40 years, they had preferred to pay money rather

than of send troops. Those who queued up comfortably in the second line would have troubles with a permanent seat in the United National Security Council.

At the same time, it was simply not true that the Germans were preoccupied only with themselves. The following Monday, Prime Minister Rabin would visit Bonn. After Washington, Bonn was the second-most visited place for all policymakers in the world.

Regarding the domestic problems of German unification, he wanted to emphasize that the economic problems were solvable. Coping with the problems of the soul was more difficult after the 40 years of communist tyranny that followed 12 years of the National Socialist regime and 4 years of Soviet military rule. Who alive today could still recall this time? It was no longer that many people. The communists had had 40 years to cause more damage than the National Socialists in just 12 years. It would take time to address these damages. At the same time, every single day brought with it significant progress. It was not easy to tell the people that they had to be patient and wait. It was essential to close this gap in time for those who were impatient.

Prof. Carnesale asks what was necessary to strengthen German-American ties. There was no longer a military or political threat from the East. The current state of German-American relations was instead characterized by competition. In what ways would German-American relations be different from America's relations with Japan, Canada, Brazil, or Russia?

The Chancellor replies that the strengthening of German-American relations was a matter of reason. He was not at all opposed to the expansion of American-Japanese relations, this was not a problem. We would have a European Union in the year 2000. It would be important for the USA to have good relations with Europe. The USA would certainly know which countries in Europe carried importance for them.

They would rely on those partners with whom they shared the most commonalities – and mentalities. It was natural to think of Germany in this regard, alongside Great Britain, with which the United States had a special relationship.

Mr. Shrontz expresses the concern that Europe could increasingly turn inwards.

The Chancellor replies that Germany and Japan were among the strongest global export nations. This situation would prevent any kind of protectionism. German interests were affected by global developments, the same applied to Europe. It was a mistake that the GATT negotiations were stalemated. It was essential to make progress after the French referendum next Sunday.

Mr. Etzioni asks which political principle should be applied after the end of the Cold War. Which contributions could Germany make? In particular, he thought about Middle, Eastern, and Southeastern Europe. It was also important to achieve more German-American consensus on this.

The Chancellor points to the weapons exports to these countries. Germany had difficulties with the weapons arsenal of the former National Volksarmee. Supplies of equipment to Finland were less problematic. It was more difficult with Hungary. There were problems in the region (Yugoslavia). Arab states were also interested in weapons supplies (submarines for Saudi-Arabia). The German defense industry and ship building industry were in need of new orders. Nevertheless, one had to be very restrictive.

It was crucial to contribute to the development and changes in the East, and especially in our neighboring countries. Our strongest economic engagement was with the CSFR. The country's division would further complicate cooperation. Relations with Poland had many facets, although Poland was a difficult partner. If Poland did not have an economic upswing sometime soon, we would again have a new problematic frontier in Europe: The Oder.

In the former GDR, our difficulties amounted to just 10% of problems that Russia was facing. He agreed: After the U.S. elections, more should be done for development in Russia. The true collapse in Russia had not even occurred yet. It was important to bundle their own efforts with the endeavors of the Americans.

Regarding Yugoslavia, it was impossible to deploy German soldiers as long as the witnesses of World War II were still alive.

Mr. Forrestal asks about Germany's interest rate policy. Was it not necessary for

Germany to consider a larger international dimension in this regard?

The Chancellor says that he endorsed the principle of global responsibility, but he also endorsed the independence of Germany's Federal Reserve Bank. In Germany, the idea of inflation would cause associations that differed from reactions in other countries. In Germany, inflations had led to two catastrophes this century. After World War I, inflation had destroyed the middle class and the psychological ramifications could not be overestimated. The shock of the currency reform after World War II had only been overshadowed by the shock of total defeat. The Deutsch Mark was a matter of German pride. The German public reacted allergically to inflation rates. On the other hand, international criticism was quite justified. He thought it was quite sensible to reduce interest rates a little. However, the Germans were not the inventors of the U.S. budget deficit. In this context, he wanted to state that there had been fundamental mistakes in the Federal Republic with wage policies and that they had exaggerated social benefits. When it came to mastering the problems of unification, the true issues were rooted in the old German provinces. We had the lowest birthrates on the globe, our population was increasingly aging, and, at the same time, average life expectancy was rising. Over the long term, one could not finance pensioners averaging the age of 59 and the shortest machine runtimes in the world at the same time. Thus, in terms of domestic politics, it was right for the Federal Reserve Bank "to press the thumb on these things."

Mr. Artzt asks about right-wing extremist assaults, the asylum problem, and the negative ramifications for the German economy.

The Chancellor says that it was difficult to understand the German asylum debate from the outside. In 1949, there had been good reasons to anchor the right for asylum in the German constitution. At the time, nobody could have anticipated that 500,000 asylum seekers would come to Germany in 1992 for economic reasons. Moreover, ethnic Germans from Russia and Eastern Europe would also come, and 5 million guest workers were already living in Germany. It was no longer possible to absorb the enormous waves of economic asylum seekers in Germany. The Germans were not xenophobic. If there was a similar influx in other countries, people would react in the same way. Currently, "idiotic domestic policies" prevented us from changing things. In terms of the financial problems in the new Eastern provinces, the only feasible recipe was budgetary discipline. Thus, the increase of the federal budget is limited to an annual increase of 2.5-3%. The true problem was those provinces and communities that did not stick to the consolidation course. But people in the old provinces also had a responsibility to postpone their claims now.

Professor Rupp asks about EC enlargement.

The Chancellor says that the common market would come into force on January 1, 1993. After the Maastricht Treaties would come into effect, the political union would follow suit. It was not a federal state, but rather a confederation of states. It was important not to have a European center. We applied the principle of "subsidiarity." In effect, there must also be some form of common European defense as it had already been envisaged in the EVG Treaty of 1954. They would not re-negotiate the Maastricht Treaties. They would be obliged to find a solution for Denmark. In terms of EC enlargement: The EC would not stop at 12 member states. He thought that Austria, Sweden, Finland, and perhaps also Norway would join the EC in 1995, and later also Switzerland. The German aim was to include the CSFR, Poland, and Hungary.

the lattermost could only accede if their economic standards matched the level of the "lower border" of the current EC members. We would still have trouble with Turkey, which could not join. Instead, we would have an association with Turkey. Russia might also want to become an EC member. This was impossible. Europe did not reach to Vladivostok.

Mr. Wolfensohn asks about the Franco-German Eurocorps and its compatibility with NATO.

The Chancellor responds that they were simply trying to establish a European defense identity following the lines that the United States had always preached. The problem was just that the USA had obviously never expected the emergence of a common European defense policy. Thus, the Americans did not behave much

differently than the Germans who had also never believed that we would witness unification. He, the Chancellor, belonged to a generation that still had emotional ties to the USA. Thus, he declared that the purpose for the establishment of the Eurocorps was not to expel the Americans from Europe. The key aspect of the Eurocorps was its psychological impact: Germans and the French would serve in a joint corps! This was not primarily about combat strength, but about the demonstration of commonalities that had hitherto been unthinkable.

It must also be in the interest of the U.S. to retain NATO. One could not yet speak of peace in Europe. A European defense identity could only emerge step-by-step. In a case of emergency, it should be integrated into NATO. Regarding the French: He had to accept the French as they were. If the Americans took the European defense identity as a pretext for their withdrawal from Europe, they would commit a grave mistake. One should take President Truman as a role model over President Wilson. It would be entirely absurd for the Americans to leave Europe at a moment when the continent was as interesting as it has been for a long time. Expanding the transatlantic bridge would be a glowing investment.

Mr. Bryson remarks that the Germans had high environmental standards. In Eastern Europe, outdated power plants created the greatest environmental damage. There was a need for new energy sources.

The Chancellor points out that one could not avoid the recurrence of the sins of the past (after the war: "the chimneys must smoke") without nuclear power plants. However, new ones must not be built. The Chernobyl disaster signified the relevance of assistance for Russia in this respect. A second Chernobyl could lead to a catastrophe for Europe and the entire world.

Prof. Fleishman asks about the duration of the process of economic and democratic reforms in Russia. What could be done on both sides of the Atlantic to foster this?

The Chancellor replies that he was not able to define a time horizon. Their previous assumptions had been almost entirely wrong. There was no concept in Russia. Gaidar's days were apparently numbered. The main problem was that there was no one in Russia who had ever experienced a market economy. The losses in transportation and traffic routes were inconceivable. More recently, Prime Minister Antall had reported that an entire train had gotten lost on the route from Budapest to Moscow.

The status of development in the republics greatly varied. Things were better in Ukraine, where the old system was more or less maintained. One must not pretend that development in the former Soviet Union was not the West's business. One had to help to the best of one's abilities, for instance in terms of infrastructure.

Eventually, the Chancellor again points to the relevance of expanding the cultural track in German-American relations. For instance, it was important that study programs be mutually recognized. School exchange was working well, but there was still a lot to do for student exchange programs.

There was good reason for his engagement in favor of establishing the German-American Academy of Sciences. In terms of bilateral relations, they had to catch up to the level of intra-European developments! Our young people were already Europeans. In government offices, they had to pay attention and make sure that they did not lag behind developments in real life.

The conversation was continued over dinner (with the wives) in the Chancellor's bungalow.

(Dr. von Morr)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59736, 119-128.